

Jas Geld

Spende⁴ auf das Konto des Bundesverbandes beim Bankhaus Sal. Oppenheim & Cie. in Köln zu überweisen.“

Auch die FDP scheffelte mit vollen Händen Wahlgelder ein, wobei sie den Unternehmern verhiß:

„Als Gegenwert für ihre Hilfe geben wir Ihnen das Versprechen, daß unsere Partei stets ein offenes Ohr für Ihre Sorgen und Nöte haben wird, und wir werden uns bemühen, Ihr Vertrauen nicht zu enttäuschen.“

Der Verband der Großgrundbesitzer stand dem nicht nach und sandte ebenfalls an seine Mitglieder ein Rundschreiben, unterschrieben von Udo Fürst zu Löwenstein, Generaldirektor Hans Ritter und Edler von Rauscher auf Weeg, u. a. mit der Aufforderung, Gelder in den Adenauer-Wahlfonds zu spenden.

Zur Propaganda des Adenauer-Kurses wurde der „Waage-Verein“ gegründet, der mit 30 Millionen Mark den Wahlkampf in der westdeutschen Presse führte. Im Vorstand dieses Vereins saßen der IG-Farben-Direktor Fritz Jacobi, der Direktor der Zellstoffwerke Waldhof Max H. Schmid und der Tabakkönig Philipp F. Reemtsma. Über seine Tätigkeit berichtete der Verein: „Im ganzen erschienen vom Oktober 1952 an 21 Anzeigen in 405 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 11 500 000 täglich ... Zwei große Plakate wurden an allen Anschlagssäulen angebracht, um die Bürger an die Katastrophe der früheren Wirtschaftspolitik zu erinnern. Um diese Werbekampagne zu steigern, erschien in allen Zeitungen kurz vor der Wahl eine ganzseitige Anzeige ...“

Der Kauf der öffentlichen Meinung hat selbstverständlich nach der Wahl nicht aufgehört. Heute werden etwa 100 westdeutsche Zeitungen aus dem amerikanischen „Reptilienfonds“ finanziert.

Das alles veranlaßte die amerikanische Zeitung „New York Herald Tribune“ schon am 29. August 1953, eine Woche vor der Wahl also, zu der Feststellung: „Ruhr-industrielle haben in den letzten Wochen den Wahlkampf der CDU Adenauers in zunehmendem Maße finanziell unterstützt. Wie berichtet wird, lassen sie die FDP fallen, die sich bis vor kurzem darum bemühte, der Liebling der Großindustriellen im Nachkriegswestdeutschland zu sein. Dies ist ein weiteres von vielen Zeichen dafür, daß Kanzler Adenauer bei den in 10 Tagen stattfindenden Wahlen seine Stärke vergrößern wird ...“

So nutzen die Monopole die Spielregeln der „freien Wahlen“ aus, schieben ein ihnen genehmes Parlament zusammen und lassen eine Regierung ernennen, die am besten ihre Interessen vertritt. So haben sie sich im Bonner Staat ein Werkzeug zurechtgezimmert, mit dem sie die Rechte der Arbeiter in Westdeutschland willkürlich beschneiden können.

Um den Widerstand der Arbeiter in den Betrieben zu brechen, haben die Monopolherren mit Hilfe der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer das Betriebsverfassungsgesetz durchgesetzt. Die Betriebsräte sollen danach aus Vertretungsorganen der Belegschaft in Organe der Klassenzusammenarbeit verwandelt werden. Wie die Konzernherren sich das vorstellen, verrät der „Industriekurier“ vom 17. Oktober 1953, indem er einige der Arbeitsgerichtsurlaube zitiert und schlußfolgert: „Die Gewerkschaften werden sich also von der Vorstellung zu lösen haben, daß Mitwirken und Mitbestimmen der Arbeitnehmer die Entmachtung des Unternehmers zum Zweck haben müsse.“

Die Unternehmer nutzen das Betriebsverfassungsgesetz dazu aus, um unliebsame Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre auf die Straße zu setzen, widerspenstige Betriebsräte zu entlassen und den Herr-im-Hause-Standpunkt mit Zwang durchzusetzen.

Die Monopole verwenden einen kleinen Teil ihrer Riesengewinne zur Korruption der Oberschicht der Arbeiter. Zwar verdienen nach der offiziellen Bonner Statistik 80 Prozent aller Erwerbspersonen weniger als 300 Mark im Monat, 45 Prozent sogar weniger als 150 Mark, zwar haben 24 Millionen Einwohner ein Einkommen unter 200 Mark, aber eine dünne Schicht, etwa ein Zehntel der westdeutschen Arbeiterschaft, wird gut bezahlt und gegen die anderen Arbeiter ausgespielt.

Ferner ist die Führungsschicht der SPD und Gewerkschaften durch Aufsichtsratsposten eng mit den Monopolkapitalisten verwachsen. Über diese Gewerkschaftsführer schrieb die kapitalistische „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“: „Die Grenzen zwischen gewerkschaftlichen Funktionären und wirtschaftlichen Manager beginnen sich zu verwischen, seitdem durch die Mitbestimmung Funktionäre selber zu Manager werden.“ Es sind dieselben Gewerkschaftsführer, die auch in der Leitung der Montanunion sitzen. Es ist kennzeichnend, daß das Betriebsverfassungsgesetz, das die Rechte der Arbeiter im Betrieb vernichtet und den Betriebsrat zu einem Schatten der Direktion macht, den korrumpierten rechten Gewerkschaftsführern neue Bereicherungsmöglichkeiten öffnet. Dadurch, daß alle Aufsichtsräte zu einem Drittel mit Arbeitnehmern besetzt werden sollen, kommen etwa 8000 bis 10000 Gewerkschaftsfunktionäre dafür in Frage. Durch die Tantiemen von 3000 bis 12 000 Mark jährlich sind diese Aufsichtsräte einer gefährlichen Beeinflussung ausgesetzt.

Daß der Bonner Staat nichts weiter ist als ein Vollstreckungsorgan der Monopole, offenbart sich mit besonderer Deutlichkeit gerade heute, wo in Westdeutschland die Bewegung der Arbeiter einen Aufschwung erlebt. Dort, wo es an den Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft, an den Profit geht, lassen die Bonner Machthaber die demokratische Maske fallen. Die Reaktion in Person der Bonner Regierung, der Unternehmerverbände und der Wirtschaftspresse heulte auf und drohte, wenn die Arbeiter nicht klein beigeben würden, den Streik mit den Machtmitteln des Bonner Staates, durch Polizei, Gerichte und Zwangsschlichtung niederzuschlagen.

Plötzlich wird die sonst so gepriesene westdeutsche Wirtschaft für sehr empfindlich erklärt. Die 9 Milliarden Besatzungskosten, die Dividenden, die hohen Pensionen für Generale und führende Nazis und die Riesensummen für die Rückzahlung von Hitlers Auslandsschulden hatten die Wirtschaft nicht bedrohen können. Ausgerechnet die im Vergleich dazu bescheidenen Lohnforderungen sollen für die westdeutsche Wirtschaft gefährlich werden. Die westdeutsche Presse feierte die Ausschüttung von 66 Prozent Dividende an die amerikanischen Opel-Aktionäre als einen Sieg der freien Marktwirtschaft. Von den Arbeitern verlangt dieselbe Presse, bei ihren Forderungen „Maß, Verantwortung, Vernunft“ zu wahren!

Aber die Arbeiter gehorchen der proletarischen Vernunft. Sie verlangen die Erfüllung ihrer Forderungen und weisen die Kompromißvorschläge zurück. In den Lohnkämpfen erkennen sie sehr schnell, daß sich hinter den Phrasen von Demokratie im Bonner Staat nichts anderes als die Diktatur des deutschen und amerikanischen Imperialismus verbirgt. A l f o n s D e n g e l